



Grigorij Mesežnikov ist einer der wichtigsten Analysten der slowakischen Politik. Er ist Mitbegründer des Institute for Public Affairs (IVO) in Bratislava und seit 1998 dessen Präsident.

DIE SLOWAKEI NACH DER WAHL

DAS ERSTE HALBE JAHR DER MITTE-RECHTS-REGIERUNG

Grigorij Mesežnikov

Das Jahr 2010 war in der Slowakei voller bedeutender Ereignisse. Die Bürger entschieden über die neue Regierung für die kommenden vier Jahre, über die Qualität ihrer Beziehung mit Ungarn, dem Nachbarn im Süden, die Beziehung der slowakischen Bevölkerung zu den Minderheiten (vor allem ethnischen Ungarn) und darüber, wie sich die Slowakische Republik als Mitgliedsstaat der EU bezüglich der Entscheidung über die Beteiligung am Euro-Rettungsschirm verhalten sollte. Es war sowohl für die Bürger als auch für die Politiker das Jahr der schweren Entscheidungen.

ERGEBNISSE UND KONTEXT DER SLOWAKISCHEN PARLAMENTSWAHLEN IM JAHR 2010

Im Jahr 2010 gab es eine große politische Machtverschiebung im Land. Nach den Parlamentswahlen im Juni wurde die neue Regierungskoalition gebildet, die eine absolute Mehrheit der Mandate im Parlament besitzt (79 von 150). Die Koalition besteht aus vier Parteien. Zwei davon hatten als Oppositionsparteien in der Zeit von 2006 bis 2010 Sitze im Parlament (die Slowakische Demokratische und Christliche Union, SDKÚ-DS, und die Christlich-Demokratische Bewegung, KDH), eine Partei (Most-Híd, dt. Brücke) wurde durch die Fragmentierung einer weiteren parlamentarischen Oppositionspartei (Partei der ungarischen Koalition, SMK) gebildet und eine Partei gründete sich 2009 als völlig neue politische Formation (Sloboda a Solidarita, SaS, dt. Freiheit und Solidarität).

Tabelle 1

**Ergebnisse der Parlamentswahlen in der Slowakei
am 12.06.2010**

Partei	Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen	Anteil an der Volksabstimmung (in %)	Sitze im Parlament
Europäische Demokratische Partei (EDS)	10.332	0,40	—
Union – Partei für die Slowakei (Únia)	17.741	0,70	—
Partei der Roma-Koalition (SRK)	6.947	0,27	—
Palis Kapurková	14.576	0,57	—
Freiheit und Solidarität (SaS)	307.287	12,14	22
Partei der demokratischen Linken (SDĽ)	61.137	2,41	—
Partei der ungarischen Koalition (SMK)	109.638	4,33	—
Volkspartei – Bewegung für eine demokratische Slowakei (ĽS-HZDS)	109.480	4,32	—
Kommunistische Partei der Slowakei (KSS)	21.104	0,83	—
Slowakische Nationalpartei (SNS)	128.490	5,07	9
Neue Demokratie (ND)	7.962	0,31	—
Arbeiterassoziation der Slowakei (ZRS)	6.196	0,24	—
Christlich-demokratische Bewegung (KDH)	215.755	8,52	15
Volkspartei Unsere Slowakei (ĽSNS)	33.724	1,33	—
Slowakische Demokratische und Christliche Union – Demokratische Partei (SDKÚ-DS)	390.042	15,42	28
AZEN – Allianz für ein Europa der Nationen	3.325	0,13	—
Richtung – Sozialdemokratie (Smer-SD)	880.111	34,79	62
Most-Híd [Brücke]	205.538	8,12	14

Quelle: Statistisches Amt der Slowakischen Republik, 2010

Ein grundlegendes Übereinkommen in Bezug auf die Bildung der neuen Regierungskoalition erzielten die Vertreter der vier Mitte-Rechts-Parteien SDKÚ-DS, SaS, KDH und Most-Híd quasi sofort nach der Verkündung der Wahlergebnisse. Einstimmig schlossen sie nicht nur Verhandlungen mit der Smer-Sozialdemokratischen Partei (Smer-SD) über eine mögliche Zusammenarbeit in einer Koalition aus, sondern sogar ein Treffen mit deren Delegierten. Die Gründe für diese Weigerung beruhten nicht nur auf unterschiedlichen Programmen und Ideologien von Smer-SD und den Mitte-Rechts-Parteien. Sie gingen viel tiefer und hatten ihren Ursprung in vorherigen Wahlperioden:

Die inakzeptable autoritäre Einstellung von Smer-SD zur Machtausübung; die Versuche dieser Partei, oppositionelle Mitte-Rechts-Parteien und deren Vertreter in den Jahren 2006 bis 2010 zu delegitimieren und zu kriminalisieren; die konfliktreiche Persönlichkeit von Robert Fico, der ständig darauf aus war, politische Konfrontationen hervorzurufen und schließlich die belastenden, verdächtigen Umstände der Gründung und Aktivitäten von Smer-SD.

Im Grunde wurde diese Partei als machtpolitisches Projekt gewisser Unternehmer und durch unklare, dubiose Finanzierung gegründet. Während ihrer Regierungszeit baute sie ein System auf, das auf Vetternwirtschaft unter Parteien basierte und so zu Korruption führte. Daher hätte ein mögliches Koalitionsbündnis mit Smer-SD die Mitte-Rechts-Parteien in Verruf bringen können.

Für viele Bürger der Slowakischen Republik symbolisierten die vier Jahre der von Fico geführten nationalistisch-populistischen Regierung bestehend aus Smer-SD, SNS und ĽS-HZDS eine Ära der Arroganz der Macht, der Verletzung der Grundregeln der Rechtsstaatlichkeit, der Vergrößerung der Staatsschulden, einer minderheitenfeindlichen Konfrontationspolitik und eines primitiven, aggressiven Nationalismus. Die Wahl hat bestätigt, dass diese Politik von einem Großteil der Gesellschaft abgelehnt wurde, und nicht einmal der große Anteil an Stimmen für die zum Rücktritt gezwungene Smer-SD in der Volksabstimmung hat daran etwas geändert. Vier Jahre Regierungszeit haben

klar aufgezeigt, dass Smer-SD nie eine konventionelle sozialdemokratische Partei war, als die sie sich ausgegeben hatte. Sie ist ein politisches Projekt, das auf persönlichen Machtambitionen des ehemaligen Stellvertreters

Smer-SD ist ein politisches Projekt, das auf Ficos persönlichen Machtambitionen und wirtschaftlichen Interessen einer kleinen Gruppe von Unternehmern basierte.

der postkommunistischen Partei der demokratischen Linken (SDĽ), Robert Fico, und wirtschaftlichen Interessen einer kleinen Gruppe von Unternehmern basierte, die während Vladimír Mečiar's Amtszeit dank der ungezügelten Privatisierung und großzügigen Staatsbestellungen reich geworden waren. Sie war in der Tat schon immer eine typisch populistische Gruppierung, deren ideologischer Kern in der Kombination etatistischer Rhetorik in Form der Verkündung eines „starken sozialen (Wohlfahrts-) Staats“ mit einem altmodischen, ethnischen Nationalismus lag, der

die Verteidigung „nationaler staatlicher“ Interessen und den Widerstand gegenüber der „Politik Großungarns“ in den Vordergrund stellte.

PROGRAMM UND HANDELN DER NEUEN REGIERUNG

Anfang Juli 2010, einige Tage nach der Unterzeichnung eines neuen Koalitionsvertrages zwischen den vier Mitte-Rechts-Parteien, berief Präsident Ivan Gašparovič die stellvertretende Vorsitzende und Spitzenkandidatin der SDKÚ-DS, Iveta Radičová, zur Ministerpräsidentin der Regierung. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes besetzte eine Frau das höchste Regierungsamt. Und zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes im Jahre 1989 gibt es in der slowakischen Regierung kein einziges ehemaliges Mitglied der Kommunistischen Partei mehr (in Ficos Regierung waren es noch zehn von 16 Personen). Diese beiden Tatsachen zeigen die Veränderungen, die die Parlamentswahlen 2010 in die Slowakei gebracht haben.

Zum ersten Mal seit 1989 gibt es in der slowakischen Regierung kein einziges ehemaliges Mitglied der Kommunistischen Partei mehr.

Das Programm der neuen Regierung, das im August 2010 vom Parlament genehmigt wurde, enthält eine Reihe von Maßnahmen, die auf die Erweiterung des Raums für Mechanismen der freien Marktwirtschaft, die Stärkung des demokratischen Charakters des Staates, die Erhaltung der Stabilität und Funktion der Institutionen der staatlichen Macht, die Stärkung der echten Unabhängigkeit der Justiz und die Erhöhung der Transparenz im öffentlichen Leben abzielen. Die neue Regierung hat eindeutig das politische Erbe der zweiten Regierung unter Mikuláš Dzurinda in der Amtszeit von 2002 bis 2006 übernommen, als das konservativ-liberale Kabinett eine Reihe tiefer struktureller, besonders sozialökonomischer Reformen eingeführt hatte. Diese ermöglichten die Integration des Landes in die EU und die NATO und machten die Slowakei zum zentraleuropäischen „Tigerstaat“. Nach vier Jahren nationalistischer, linksgerichteter Regierung unter der Leitung Ficos, die das Modell des „starken Sozialstaats“ förderte und versuchte, einige von Dzurindas Reformen zu ändern, war die außergewöhnliche Stellung der Slowakei als ein erfolgreiches, sich wandelndes Land Geschichte.

Die Stimmung in der Gesellschaft hat sich schnell verändert. Die Spannung in den slowakisch-ungarischen Beziehungen hat sowohl interethnisch als auch zwischenstaatlich abgenommen.

Nach dem ersten halben Jahr der neuen Regierung gibt es ein paar erwähnenswerte Änderungen in einigen Bereichen. Die neue Politik zielt nun auf die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, die Steigerung der Transparenz, den Kampf gegen Korruption und Vetternwirtschaft sowie die Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger auf die Justiz und den Staat. Die Stimmung in der Gesellschaft hat sich schnell verändert. Die Spannung in den slowakisch-ungarischen Beziehungen hat sowohl interethnisch als auch zwischenstaatlich abgenommen. Der radikale nationalistische Diskurs, der mit aktiver Unterstützung der Smer-SD mehrere Jahre lang von der nationalistischen SNS genährt wurde, ist fast völlig verschwunden. Auch die aggressiven Angriffe auf die unabhängigen Medien und NGOs, die Ficos Regierung regelmäßig ausführte, gehören der Vergangenheit an.

REGIERUNGSPRIORITÄTEN: TRANSPARENZ UND FESTIGUNG DER WIRTSCHAFT

In der Anfangszeit ihrer Amtsführung hat sich die neue Regierung einen Überblick über die Lage verschafft, die Ficos Kabinett ihr vermacht hat. Es war wichtig, der Allgemeinheit die tatsächlichen Ergebnisse vom „Aufbau des Sozialstaats“ in der Version der Smer-SD zu erläutern. Diese Politik verfügte dank der unwiderstehlichen „sozialen“ Rhetorik beständig über eine große Unterstützung der Öffentlichkeit. Minister aus Radičovás Kabinett haben Informationen über die Vetternwirtschaft oder den eindeutig korrupten Hintergrund vieler früherer Regierungsprojekte, über verdächtige, nicht transparente öffentliche Auftragsvergaben und über zahlreiche Fälle von unwirtschaftlichem Umgang mit den Staatsfinanzen veröffentlicht. Sie bezogen sich auch auf mehrere Ministerien – Verteidigung, Arbeit, Sozialwesen und Familie, Transport, Wirtschaft, Kultur, Bildung, Außenpolitik, Justiz und Finanzen. In einigen Fällen wurde Anklage bei der Staatsanwaltschaft erhoben. Hier wird bereits ermittelt. Die beispiellose Veröffentlichung von Informationen über den Missbrauch seitens ehemaliger Regierungsvertreter mit großer, und in manchen Fällen sogar makroökonomischer

Auswirkung war aus zwei Gesichtspunkten bedeutsam: Sie zeigt zum Einen den Einsatz der neuen Regierung gegen Korruption und Vetternwirtschaft, zum Anderen die Tiefe und das Ausmaß der Korruption, die in der vorhergegangenen Wahlperiode erreicht wurden.

Die neue Regierung hat quasi zum Amtsantritt damit begonnen, das Programm der Erhöhung der Transparenz und der Stärkung der Kontrolle beim Umgang mit öffentlichen Mitteln zu verwirklichen. Hier nahmen ihre Bemühungen eine konkrete, greifbare Form an. Ein Register von Verträgen wurde für die Allgemeinheit im Internet bereitgestellt, nachdem das Parlament das deutlich erneuerte Zivilrecht genehmigt hatte. Die Auflistung dokumentiert die Käufe von Waren und Dienstleistungen durch Staatsorgane.

Da die slowakische Wirtschaft sowohl die negativen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise als auch die Auswirkungen der problematischen sozialökonomischen Politik der vorherigen Regierung zu spüren bekommt, hat Radičová's Kabinett seine Bemühungen zuallererst auf die Stabilisierung der Staatsfinanzen konzentriert. Das Kabinett hat es geschafft, eine Reihe wirtschaftlicher Sparmaßnahmen zu verabschieden, die darauf abzielen, das Haushaltsdefizit zu verringern. Nachdem dieses Defizit in der Amtszeit von Fico's Kabinett von drei Prozent im Jahr 2006 auf fast acht Prozent 2010 gestiegen war, strebte Radičová's Kabinett eine Reduzierung auf weniger als fünf Prozent im Jahr 2011 an. Obwohl die derzeitigen Koalitionsparteien vor den Wahlen versprochen hatten, die Steuern nicht anzuheben, haben sie nach der Enthüllung des tatsächlichen Zustands des Staatshaushalts und nach einer langen Diskussion eine Ausnahme gemacht und die Mehrwertsteuer vorübergehend um ein Prozent angehoben, von 19 auf 20 Prozent. Der erhöhte Mehrwertsteuersatz soll immer dann gelten, wenn das Haushaltsdefizit drei Prozent überschreitet. Sobald das Defizit niedriger ausfällt, würde die ursprüngliche Mehrwertsteuer wiederhergestellt.

Radičová konzentrierte sich zuerst auf die Stabilisierung der Staatsfinanzen. Ihr Wahlversprechen, die Steuern nicht anzuheben, konnte sie nach Enthüllung des tatsächlichen Defizits nicht einlösen.

KORREKTUREN AN AUSWÜCHSEN VON FICOS POLITIK

Zuletzt hat es einige Fortschritte bei der Stabilisierung der Demokratie, den Institutionen des Verfassungssystems und den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit gegeben. In einer Ära der „Tyrannei der Mehrheit“ hatte die Koalition aus Smer-SD, SNS und LS-HZDS die Oppositionsparteien im Parlament offen marginalisiert und deren Abgeordnete zu bloßen politischen Statisten gemacht, die Kontrollfunktion des Parlaments geschwächt und die Qualität der Gesetzgebung negativ beeinflusst. Die neue Mehrheit dagegen verfolgt ihren Willen im Parlament ohne die Verletzung des verfahrensrechtlichen Konsenses und hat die Grund-

Sowohl die neue Koalition als auch deren einzelne Parteien sind offen dafür, über legitime Forderungen der Opposition zu verhandeln.

funktionen des Parlaments bisher nicht gefährdet. Vorschläge und Anmerkungen von Abgeordneten der Opposition wurden nicht von vornherein abgelehnt, nur weil sie aus der Opposition kamen. Trotz entgegengesetzter Positionen wird die Opposition im Parlament nicht länger von der Regierungskoalition marginalisiert. Sowohl die neue Koalition als auch deren einzelne Parteien sind offen dafür, über legitime Forderungen der Opposition zu verhandeln und sie zu akzeptieren.

Die neue Regierung hat erstaunliche Anstrengungen entwickelt, um die von Ficos Regierung hinterlassenen Auswüchse in der Gesetzgebung und der Politik zu korrigieren. Im Bereich der Gesetzgebung geht es hauptsächlich um Gesetze, die mit dem Status von Minderheitengruppen einhergehen, wenn die Korrektur auch bisher nur teilweise vollzogen wurde. Zum Beispiel hat das Parlament die Änderung des Sprachengesetzes genehmigt, wodurch einige Bestimmungen der während Ficos Amtszeit genehmigten Änderung des gleichen Gesetzes abgeschwächt wurden. Letztere wies in Bezug auf die Rechte der Mitglieder von Minderheitengruppen deutliche Einschränkungen bei der Verwendung ihrer Muttersprache auf. Die umstrittenste Bestimmung, Geldstrafen für die Verletzung des Gesetzes, wurde in der neuen Fassung jedoch beibehalten, auch wenn der Verpflichtungscharakter aufgehoben und die Grenzen für Geldstrafen herabgesenkt wurden. Dieser Fall zeigt anschaulich, wie kompliziert die Wiederherstellung eines Ursprungszustands ist, der vor unangemessenen Änderungen in der Gesetzgebung existierte. Obwohl einige

problematische Bestimmungen der während Ficos Amtszeit genehmigten Änderung endgültig entfernt wurden, ist der Gesamtstatus, bezogen auf das Recht von Minderheiten, ihre Muttersprache zu nutzen, heute immer noch schlechter als vor der Novellierung unter Fico.

Auch die Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes wurde dem Parlament vorgelegt. Falls sie genehmigt wird, gäbe es keine Möglichkeit mehr für den Entzug der slowakischen Staatsbürgerschaft derjenigen Bürger, welche die Staatsbürgerschaft eines anderen Landes angenommen haben. Durch diese Gesetzgebung reagierte Ficos Regierung im Sommer 2010 auf die Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes im ungarischen Parlament. Der Vorschlag für die ungarische Änderung kam von der regierenden Partei Fidesz. Die Abänderung von Radičovás Kabinett hätte die Gültigkeit des ungarischen Gesetzes auf slowakischem Gebiet annullieren sollen. Ebenso hätte sie die von Ficos Regierung eingeführten Geldstrafen aufheben sollen, die verhängt werden, wenn Bürger die Behörden nicht über das Erlangen einer ausländischen Staatsbürgerschaft informieren. Neben dem positiven Effekt der interethnischen Beziehungen in der Slowakei und dem Status der Mitglieder der ungarischen Minderheit könnte die zuvor genannte Novellierung, sollte sie genehmigt werden, zu der anhaltenden Verbesserung der bilateralen Beziehung zwischen der Slowakei und Ungarn beitragen.

Neben positiven Auswirkungen auf die interethnischen Beziehungen in der Slowakei könnte die Novelle des Staatsbürgerschaftsgesetzes zur Verbesserung der Beziehung zu Ungarn beitragen.

REGIERUNGSKOALITION CONTRA OPPOSITION: MACHTPROBE

Die Situation in der neuen Regierungskoalition war in der zweiten Jahreshälfte 2010 relativ stabil. Es gab keine ernsthaften Konflikte. Die Beziehungen zwischen den Regierungsparteien waren ausgeglichen, keine Partei strebte nach der Vorherrschaft. Obwohl Oppositionsführer Fico ständig wiederholte, die Regierungskoalition sei *zlepenec*, ein anorganisches, zusammengeklebtes Bündel, und nur von der Sehnsucht nach Macht zusammengehalten würde, bewies die programmatische Übereinstimmung der vier Parteien bei den wesentlichen Fragen praktischer Politik in Wirklichkeit ihre enge Verbindung. Dies ermöglichte es, innerhalb von vier Monaten von August bis Dezember

2010 und praktisch ohne Verzögerungen im Parlament 53 Gesetze und Gesetzesänderungen zu beschließen.

Aufgrund der Unerfahrenheit einiger politischer Neulinge, vor allem aus der Partei SaS, sickerten Informationen über komplizierte Verhandlungen beim Erzielen einer Übereinkunft in der Koalition manchmal schon vor diesem Übereinkommen zu den Medien durch. Dies führte zu dem Eindruck, in der Koalition herrsche Chaos. Jedoch erzielten die Parteien schnell Einigungen für Gesetzesvorschläge, die reibungslos im Parlament genehmigt wurden. Die einzige Ausnahme war die Änderung der Verbrauchsteuer auf Bier, als sich vier Abgeordnete der KDH, zum Erstaunen ihrer eigenen Partei, bei der Abstimmung enthielten. Die Änderung konnte nicht verabschiedet werden. Die Koalitionszusammenarbeit wurde durch diese kleine Unentschlossenheit jedoch nicht geschwächt.

Von besonderer Bedeutung war die Situation innerhalb der SDKÚ-DS, speziell die Beziehungen zwischen Iveta Radičová, Ministerpräsidentin und stellvertretende Parteivorsitzende, und Mikuláš Dzurinda, Vorsitzender der Partei und Außenminister. Nachdem beide Politiker

Radičová betonte, dass sie keinerlei Ambitionen habe, zu diesem Zeitpunkt Vorsitzende der Partei zu werden. Dzurinda wiederholte seinerseits, er unterstütze die Ministerpräsidentin vorbehaltlos.

Mitglieder des neuen Kabinetts geworden waren, kamen Spekulationen darüber auf, die unterschiedliche gegenseitige Unterordnung – einmal innerhalb der Partei und einmal innerhalb der Regierung – führe zu

Spannungen und Konflikten. Nichts davon ist bisher feststellbar. Radičová betonte wiederholt, dass sie keinerlei Ambitionen habe, zu diesem Zeitpunkt Vorsitzende der Partei zu werden, und dass sie Dzurinda voll und ganz unterstütze. Dzurinda wiederholte seinerseits, dass er in seiner Position als Vorsitzender Radičová als Ministerpräsidentin vorbehaltlos unterstütze, und dass er damit auch die ganze Partei hinter sich wisse. Fico indessen kritisiert, Radičová sei im Vergleich zu ihm während seiner Amtszeit von 2006 bis 2010 eine schwache Ministerpräsidentin, da sie nicht wie er den Vorsitz der Partei innehat. Die Wirklichkeit sieht anders aus. In bestimmten Situationen hat Radičová ihren Koalitionspartnern aus der SaS, KDH und Most-Híd sowie den Regierungsmitgliedern gezeigt, dass sie die volle Verantwortung für das Ministerpräsidentenamt mit all den damit einhergehenden Kompetenzen

übernimmt. Sie hat diese Kompetenzen so eingesetzt, dass keiner Zweifel daran hatte, wer der Anführer der Koalition und Regierung ist. Sie hat mehrere Male Minister ihrer Regierung streng überprüft, wenn es um Entscheidungen über konkrete Maßnahmen ging, und ihre Position sehr klar aufgezeigt.

Neben dem programm-basierten Abkommen unter den derzeitigen Koalitionsparteien gab es noch eine weitere starke Verbindung innerhalb der Regierungskoalition: das Bestehen der Smer-SD, dem politischen Rivalen mit starken, macht-basierten Ambitionen. Alle Mitte-Rechts-Parteien verweigern weiterhin übereinstimmend jegliche Koalitionszusammenarbeit mit Smer-SD. Sie wissen auch sehr genau, dass sich jegliche Schwächung ihrer Einheit gut für Fico auswirken würde, der an die Wirksamkeit seiner eigenen populistischen Versprechen glaubt, und ebenso daran, dass er für seine Wähler unwiderstehlich ist. Und für den Fall, dass Turbulenzen innerhalb der Regierungskoalition auftauchen, würde er sich auf

seinen wichtigsten Verbündeten verlassen – Präsident Gašparovič, der 2009 mit der Unterstützung von Smer-SD gewählt wurde und dieser Partei bis jetzt loyal geblieben ist.

Da sich Ficos Erwartungen, die Regierungskoalition würde in dieser Zusammensetzung nicht lange halten, nicht erfüllen, hat er seine Bereitschaft zu einer „großen Koalition“ ausgedrückt.

Da Ficos anfängliche Erwartungen, die Regierungskoalition würde in ihrer derzeitigen Zusammensetzung nicht lange halten, nicht erfüllt wurden, hat er seine Rhetorik geändert und damit begonnen, offen seine Bereitschaft für eine „große Koalition“ mit den Mitte-Rechts-Parteien, einschließlich SDKÚ-DS, auszudrücken. Dass die SDKÚ-DS auf ihrem Parteitag im Dezember 2010 eine Regelung zur Verweigerung der Koalitionszusammenarbeit mit Smer-SD verabschiedet hat, hielt ihn nicht von seiner Ankündigung ab. Der Vorsitzende der SDKÚ-DS nannte Ficos Partei daraufhin einen „Haufen korrupter Kommunisten“.

Niemand aus der derzeitigen Regierungskoalition ist offensichtlich bereit, Smer-SD eine Koalitionszusammenarbeit anzubieten, daher sind Ficos Reden über eine „große Mitte-Links-Koalition“ nur ein Bluff. Die einzige Absicht dieser Reden ist es, die Illusion zu schaffen, dass Smer-SD eine normale, programm-basierte Partei ist, die ein breites Koalitionspotential hat. Es hat sich gezeigt, dass die natio-

nationalistischen und populistischen Exzesse von Smer-SD als Regierungspartei ihr Potential, eine Koalitionsallianz mit moderaten Parteien einzugehen, in einem solchen Ausmaß geschwächt haben, dass ihre einzigen möglichen Koalitionsverbündeten Parteien wie Mečiar's autoritäre ĽS-HZDS oder Slotas radikalnationalistische SNS wären, mit denen Fico in der Wahlperiode 2006 bis 2010 regierte. Mečiar's Partei erreichte jedoch die Fünf-Prozent-Schwelle nicht, und die SNS kämpft um ihr politisches Überleben vor dem Hintergrund scharfer innerparteilicher Konflikte und eines erheblichen Rückgangs der Wählerpräferenzen fast unter die Fünf-Prozent-Schwelle. Fico's Smer-SD läuft also Gefahr, auch nach den Wahlen im Jahr 2014 alleine die Opposition zu bilden.

WAHL DES GENERALSTAATSANWALTS: KOALITION AM RANDE DES ABGRUNDS

Der Test für die Einheit der Koalition war die Wahl des Generalstaatsanwalts im Dezember 2010. Das neue Kabinett brach fast zusammen.

Die effiziente Politik der neuen Regierung, vor allem die reibungslose Verabschiedung von Gesetzen im Parlament, bedeutet offensichtlich nicht zwangsläufig, dass die Mitte-Rechts-Koalition vor echten Problemen im Innern gefeit ist. Der Test für die Einheit der Koalition war die problematische Wahl des Generalstaatsanwalts im Parlament im Dezember 2010. Aus politischer Sicht war sie ein besonders bedeutsamer Fall, denn das neue Kabinett brach, unerwartet und zur großen Überraschung der neuen Regierungskoalition selbst, aufgrund des Wahlergebnisses fast zusammen.

Die Wahlperiode des amtierenden Generalstaatsanwalts Dobroslav Trnka endete im Februar 2011. Der Verfassung zufolge wird der Generalstaatsanwalt vom Parlament gewählt und dann vom Präsidenten vereidigt. Aufgrund der Streitigkeiten zwischen der Regierungskoalition und der Opposition, aber auch aufgrund der unterschiedlichen Ansichten über einen Kandidaten unter den Regierungsparteien selbst (sie hatten zuerst zwei Kandidaten vorgeschlagen), wurde in der ersten Runde kein Generalstaatsanwalt im Parlament gewählt. In die zweite Runde schickte die Regierungskoalition einen gemeinsamen Kandidaten, und scheiterte erneut. Die Opposition indessen verfolgte die Wiederwahl des amtierenden Generalstaatsanwalts

Trnka. Sie wäre fast gelungen, es fehlte eine einzige Stimme. Mindestens sechs Abgeordnete der Regierungskoalition hatten also für den Kandidaten der Opposition gestimmt, obwohl keiner der Abgeordneten, weder vor noch nach der Abstimmung, öffentlich seine Unterstützung für Trnka gezeigt hatte.

Das unerwartete Ergebnis der Abstimmung war sogar noch erstaunlicher, da Ministerpräsidentin Radičová vor der Wahl öffentlich bekannt gab, dass sie im Fall einer Wiederwahl Trnkas zurückgetreten würde – was gemäß der Verfassung automatisch den Rücktritt der gesamten Regierung bedeutet. Radičová warnte, eine weitere Amtszeit Trnkas stünde im Widerspruch zu der Verpflichtung, wesentliche Änderungen in der Justiz durchzusetzen. Der amtierende Generalstaatsanwalt, der bei der Ermittlung in bestimmten politisch heiklen Fällen Passivität an den Tag gelgt habe (und manchmal sogar aktiv zur Beeinträchtigung der Ermittlung beigetragen habe), könne kein Symbol für den Wandel sein, argumentierte sie. Die Tatsache, dass während der zweiten Runde der Abstimmung nur noch eine einzige Stimme für die Wiederwahl Trnkas fehlte, hat gezeigt, dass die Regierung Radičová's und die neue Regierungskoalition ohne offensichtliche politische Gründe, ohne eine Krise innerhalb der Koalition und nur aufgrund einiger versteckter, interner politischer Manipulationen beinahe ihr Dasein beendet hätte.

Kaum jemand bezweifelte vor der Wahl, dass Radičová ihr Rücktrittsversprechen halten würde, falls Trnka wiedergewählt würde. Wäre es tatsächlich dazu gekommen, hätten die Chancen auf die Bildung einer Koalition aus vier Mitte-Rechts-Parteien bestenfalls mager ausgesehen. Fico hätte sich sicher mit Präsident Gašparovič zusammengetan mit dem Ziel der schrittweisen Rückkehr an die Macht, unter gewissen Umständen sogar durch vorgezogene Wahlen.

Wäre es zum Rücktritt Radičová's gekommen, hätten die Chancen auf die Bildung einer Koalition aus vier Mitte-Rechts-Parteien bestenfalls mager ausgesehen.

Fico wusch seine Hände jedoch ein wenig zu früh in Unschuld, während er ungeduldig eine solche Entwicklung abwartete. Es wird berichtet, er sei nach der Verkündung der Ergebnisse erleichtert. Vermutlich rechnete er aufgrund von geheimen internen Informationen mit Radičová's Rück-

tritt. Das geschah aber nicht. Das Versagen der Koalition hat paradoxerweise deren Einheit nicht untergraben. Ganz im Gegenteil, es hat noch eine viel stärkere Verbindung geschaffen. Es hat die Koalition zu der Entscheidung geführt, den Wahlmodus zu ändern und eine öffentliche Abstimmung anstelle einer geheimen einzuführen. Diese Entscheidung hat verschiedene Reaktionen hervorgerufen hat – die Opposition kritisierte sie heftig. Vertreter der Regierungskoalition indessen erklärten, dass das Prinzip der Offenheit gegenüber den Bürgern bei der Ausübung der Mandate in einer parlamentarischen Demokratie keine Ausnahmen erlaube, vor allem nicht bei der Wahl öffentlicher Amtsträger. Regierungsvertreter erklärten, die von den Bürgern gewählten Vertreter hätten ihre Mandate so transparent wie möglich auszuführen. Informationen über

Koalitionspolitiker verwiesen darauf, dass eine öffentliche Abstimmung bei der Wahl von Amtsträgern ebenso wenig die Entscheidung der Abgeordneten einschränke wie die öffentliche Abstimmung über Gesetze.

ihr Abstimmungsverhalten bei der Genehmigung von Gesetzen und der Wahl von Beamten hätten offen zugänglich zu sein, so dass die Bürger in der Lage seien, die Tätigkeit ihrer Abgeordneten angemessen zu beurteilen. Während die Opposition die Regierungskoalition beschuldigte, die Änderung des Wahlmodus widerspreche dem Prinzip der Demokratie, verwiesen Koalitionspolitiker darauf, dass die öffentliche Abstimmung bei der Wahl von Amtsträgern ebenso wenig die Entscheidung der Abgeordneten einschränke wie die öffentliche Abstimmung über Gesetze.

Die Einführung der öffentlichen Wahl könnte einen positiven Anti-Korruptionseffekt haben, schließlich wurden die Spekulationen, dass die Entscheidung der sechs Koalitionsabgeordneten zur Unterstützung des Oppositionskandidaten mit Korruption in Verbindung stehen könnte, von Abgeordneten selbst geäußert. Ein weiterer positiver Aspekt der Wahl des Generalstaatsanwalts könnte die Absicht der Regierungskoalition sein, dessen Kompetenzen abzuändern und das Strafverfolgungssystem, das auf einem – für die liberale Demokratie – anorganischen, monokratischen Prinzip aufgebaut ist, dem modernen Konstitutionalismus anzupassen, auch wenn die gesamte Restrukturierung des Strafverfolgungssystems möglicherweise mehr Zeit braucht. Positiv auswirken könnte sich auch die angekündigte Absicht, die Zahl der Wahlperioden für den Generalstaatsanwalt auf eine zu reduzieren, um

das Amt weniger anfällig für Politisierung zu machen. Diese Absicht müsste in einem Gesetz verankert werden.

Die Wahl des Generalstaatsanwalts hat den Fokus nicht nur auf die Regierungskoalition gerichtet, in der sich einige illoyale Abgeordnete befinden, sondern auch auf die parlamentarische Opposition und deren Standpunkt, dass der Verfassungsrahmen der liberalen Demokratie zu eng gefasst sei. Das Warnsignal, dass die mächtigste Oppositionspartei Smer-SD unter bestimmten Umständen bereit wäre, den Verfassungsrahmen zu verlassen, bestand in der Ankündigung Ficos, dass Smer-SD im Falle einer Änderung des Modus bei der Wahl des Generalstaatsanwalts gemäß Artikel 32 der Verfassung verfahren könnte: „Die Bürger haben das Recht, Widerstand gegen jeden zu leisten, der die demokratische Ordnung der in dieser Verfassung verankerten grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten zu beseitigen versucht, wenn die Tätigkeit der Verfassungsorgane und die wirksame Anwendung der gesetzlichen Mittel eingeschränkt werden.“ Die Ankündigung der Absicht, diesen Artikel der Verfassung zu „aktivieren“, auch wenn die Menschenrechte und Freiheiten nicht in Gefahr sind, sondern lediglich, weil die Partei mit einer legitimen und legalen Änderung legislativer Standards nicht einverstanden ist, wirft Fragen darüber auf, inwieweit die Oppositionspartei Smer-SD ihrem Charakter und ihrer Zusammenstellung nach mit den Werten und Prinzipien der liberalen Demokratie übereinstimmt.

Ankündigungen Ficos werfen die Frage auf, inwieweit die Smer-SD ihrem Charakter nach mit den Werten und Prinzipien der liberalen Demokratie übereinstimmt.

KREDIT FÜR GRIECHENLAND: FICOS FALLEN

Einer der außergewöhnlichsten Schritte der neuen slowakischen Regierung war die Weigerung, Griechenland gemäß den Bestimmungen des Euro-Notfallplans der Europäischen Union einen Kredit zu gewähren. Dieser gesamte Fall war das Ergebnis der Auswirkung mehrerer Faktoren vor allem innenpolitischer Natur.

Die vorherige Regierung unter Fico hatte die Genehmigung des Kredits für Griechenland versprochen. Sie hatte sogar mit Brüssel über die Konditionen verhandelt, aber vor den Wahlen im Juni hatte sie gezögert, dem Parlament den Kreditvertrag zur Ratifizierung vorzulegen. Sie verhielt sich

reichlich arrogant gegenüber der Opposition, die verlangt hatte, die Bedingungen zu veröffentlichen und darauf bestand, eine separate Parlamentssitzung abzuhalten. Als die Umfragen zeigten, dass die Allgemeinheit die Hilfe für Griechenland nicht unterstützte, versuchte Fico als authentischer Populist das ganze Problem unter den Teppich zu kehren, um seine Wähler nicht unnötig zu irritieren. Nach den Wahlen, versprach er, werde sich die neue Regierung darum kümmern.

Die neue Regierung bildeten jedoch die vier Mitte-Rechts-Parteien, und diese lehnten den Kredit für Griechenland ab. Während des Wahlkampfes hatten sie sich in einen großen Streit mit der Smer-SD verwickelt, die sie beschuldigten, nicht mit der Opposition über solch ein bedeutendes Thema verhandelt und die tatsächlichen Bedingungen für die Unterstützung Griechenlands vor der Allgemeinheit verheimlicht zu haben. Sie kritisierten ebenfalls, die Regierung habe während der Verhandlungen mit Brüssel die Möglichkeit nicht genutzt, die Ausgestaltung des Euro-Notfallplans zu beeinflussen.

Wirtschaftsexperten der Oppositionsparteien zeigten auf, dass die Slowakei für ein weiter entwickeltes Land wie Griechenland die Spenderrolle nicht erfüllen könne.

Die Opposition hatte vor den Wahlen versprochen, die Bedingungen für die Unterstützung Griechenlands, sollte sie an die Macht gelangen, noch einmal zu prüfen und die Hilfe womöglich zu verweigern. Wirtschaftsexperten der Oppositionsparteien zeigten auf, dass die Slowakei als weniger entwickeltes, postkommunistisches Land mit schwächeren makroökonomischen Indikatoren die Spenderrolle für ein weiter entwickeltes Land wie Griechenland nicht erfüllen könne. Nach der Machtübernahme durch die Mitte-Rechts-Parteien verkündete die neue Regierung, die slowakische Wirtschaft befinde sich nach vier Jahren der populistischen Herrschaft Ficos in einem schlechteren Zustand als die Opposition selbst vor den Wahlen erwartet hatte. Das Wachstum des BIP war im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren stark gesunken und hatte rote Zahlen erreicht. Das Haushaltsdefizit war auf fast acht Prozent gestiegen. Darüber hinaus argumentierten die Vertreter der neuen Regierung, dass die EU bei der Entscheidung über den Notfallplan für Griechenland nicht alle Aspekte berücksichtigt habe. So habe Griechenland in den vergangenen Jahren wissentlich seine Staatsfinanzen gefährdet.

Radičovás Regierung verabschiedete daher einen Beschluss, Griechenland keinen Kredit zu gewähren. Die Regierung trat dennoch der *European Financial Stability Facility* bei.

Das Kabinett hatte dem Parlament den griechischen Kreditantrag im August 2010 vorgelegt, den Fico im allerletzten Moment in die Schublade gelegt hatte. Wie erwartet lehnten die Abgeordneten der Regierungskoalition den Vertrag ab (mit Ausnahme eines Abgeordneten der KDH). Die Abstimmung der Abgeordneten der Smer-SD war symptomatisch. Kein einziger Abgeordneter der Smer-SD, die zuvor noch die Regierung beschuldigt hatte, das unter Fico mit der EU verhandelte Abkommen gebrochen zu haben, stimmte für diesen Vertrag: die gesamte Fraktion nahm einfach nicht an der Abstimmung teil.

Die Entscheidung der neuen Regierung, Griechenland die Hilfe zu verweigern, stieß bei der Mehrheit der Bevölkerung auf Unterstützung. Einige Experten hoben jedoch die problematischen Seiten hervor.

Die Entscheidung der neuen Regierung, Griechenland die Hilfe zu verweigern, stieß bei der Mehrheit der Bevölkerung auf Unterstützung. Einige Experten und einflussreiche Intellektuelle hoben jedoch die problematischen Seiten hervor. Sie argumentierten, der mögliche positive wirtschaftliche Effekt dieser Entscheidung sei viel schwächer als die möglichen negativen Auswirkung des verschlechterten Images des Landes, das sich aus innenpolitischen Gründen vom europäischen Grundprinzip der Solidarität entfernt habe.

WAS NUN?

Was sind die Perspektiven für die zukünftige Entwicklung? Es gibt Anzeichen dafür, dass die neue Regierungskoalition im Jahr 2011 in der Lage sein könnte, das Maß an interner Festigung, das sie kurz nach ihrer Machtübernahme und der Verabschiedung anfänglicher praktischer Maßnahmen erreichte, zu erhalten. Die öffentliche Unterstützung für diese Regierung wird jedoch direkt von ihrem Erfolg bei der Bewältigung der dringendsten sozialen Probleme und ihrer Fähigkeit abhängen, den Bürgern bestimmte unbeliebte, aber unumgängliche Maßnahmen zu erklären.

Smer-SD ist ein eindrucksvoller politischer Rivale, der ohne Zweifel alle Anzeichen von Unzufriedenheit dazu nutzen wird, die Position der reformorientierten Regierung zu untergraben und günstige Voraussetzungen für seine eigene Rückkehr an die Macht zu schaffen. Aber diese Taktik könnte erfolglos sein, sofern die neue Regierungskoalition entnervende interne Konflikte vermeidet, der Versuchung der Vetternwirtschaft widersteht und sachliche Lösungen anstrebt, die auf die Verbesserung der sozialökonomischen Situation der Bürger abzielen.

Der Artikel wurde am 7. Februar 2011 abgeschlossen.